

FÜR DIE ZUKUNFT DER EINEN WELT

Reichenauer Erklärung des



Teufelskreissymphonie für arme Länder

in sechs Sätzen

Damit die Arbeitskraft immer gehorsamer und billiger wird,
brauchen die armen Länder Legionen von Henkern, Folterern, Inquisitoren und Spitzeln.

Um diese Legionen zu versorgen und auszurüsten,
brauchen die armen Länder Kredite der reichen Länder.

Um die Zinsen der Kredite zahlen zu können,
brauchen die armen Länder noch mehr Kredite.

Um die Zinsen der Kredite und die Kredite zurückzahlen zu können,
müssen die armen Länder ihre Exporte erhöhen.

Um die Exporte ihrer zu lebenslänglichem Preisverfall verurteilten Produkte zu erhöhen,
müssen die armen Länder die Produktionskosten senken.

Um die Produktionskosten zu senken,
brauchen die armen Länder immer gehorsamere und billigere Arbeitskräfte.

Damit die Arbeitskräfte immer gehorsamer und billiger werden,
brauchen die armen Länder Legionen von Henkern, Folterern, Inquisitoren...

(Eduardo Galeano: Erinnerungen an das Feuer, Band 3)

Umbau der Weltordnung

1. Der Fall der Berliner Mauer symbolisiert das Ende der Nachkriegsordnung, in der sich zwei hochgerüstete Supermächte im Kalten Krieg gegenüberstanden. Es war ein Gleichgewicht des Schreckens. Der Westen ist aus dem Kalten Krieg als Sieger hervorgegangen, die USA sind nun die einzige militärische Weltmacht. Auf ökonomischem Gebiet stehen sich drei Giganten gegenüber: die USA, die Europäische Gemeinschaft und Japan. Die Frage, inwieweit es zwischen ihnen Konsens oder Konkurrenz geben wird, ist offen.

2. Für die Länder des Südens, für jene Länder, die in Abhängigkeit von diesen Metropolen stehen, bedeutet das Ende der Nachkriegsordnung in erster Linie eine Verminderung ihrer geopolitischen Bedeutung. Im politischen Wettkampf der beiden Systeme konnte der Süden seine Abhängigkeit zwar nie überwinden, aber Zugeständnisse erreichen. Jetzt hat der kapitalistische Westen das Monopol der Kontrolle zurückerobert. Die Ausbeutung kann ohne das politische Risiko, ein Land an ein konkurrierendes System zu verlieren, verstärkt werden.

3. Nach dem Zusammenbruch der zentral gelenkten Planwirtschaften erreicht die Konzentration von Kapital und technischem Wissen einen Grad wie nie zuvor. Einige Industriestaaten und eine Handvoll Konzerne kontrollieren weltweit Kommunikation, Produktion und Handel, während die große Mehrheit der Menschheit von Sicherheit und Wohlstand weiter entfernt ist denn je.

4. Gleichzeitig tritt eine zunehmende Differenzierung innerhalb jener Ländergruppe zutage, die schon bisher nur unzureichend einheitlich als "Dritte Welt" bezeichnet wurde: Sie könnte in Investitionszonen, die für die Weltwirtschaft von Interesse sind, und in Armutszonen, die zwangsweise abgekoppelt werden, zerfallen. Erstere werden durch Druckmittel wie die Verschuldungskrise an der kurzen Leine gehalten. Um letztere kümmert sich auch dann niemand, wenn im Machtvakuum nach dem Sturz fallengelassener Diktatoren chaotische Zustände und Bürgerkriege entstehen.

5. Der Süden verliert auch als Rohstofflieferant an Bedeutung. In den vergangenen 500 Jahren hat der aus dem Süden geraubte materielle Reichtum in Europa jene Kapitalakkumulation ermöglicht, die mit zur industriellen Entwicklung führte. Heute aber ist die Produktion teilweise entmaterialisiert, sodaß die Abhängigkeit der Industrieländer von den Rohstoffen des Südens stark zurückgegangen ist. Die zu erwartenden Entwicklungen, etwa auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie, werden diesen Trend noch verstärken.

6. Noch vor kurzer Zeit sahen manche Theoretiker in einer selbstgewählten Abkoppelung die beste Chance für eine eigenständige Entfaltung. Doch der hohe Grad der weltwirtschaftlichen Durchdringung aller Länder des Südens machte dies unmöglich. Nichtsdestotrotz findet eine Abkoppelung statt, aber: diktiert vom Norden. Der Süden verliert Anteile am Weltmarkt, und seine politische Bedeutung in der Weltarena ist minimal geworden. Kein Wunder, daß die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit stagnieren, wenn nicht abnehmen.

7. Während die einen mit dieser Entwicklung das Ende der Geschichte gekommen sehen und zum großen Festschmaus der Exklusivgesellschaft der Reichen laden, weisen andere auf die objektiven Grenzen der Ausbeutung hin: Die ungeliebten Unheilpropheten sprechen vom Ende des Planeten, weil er der Last des Abfalls vom Festmahl nicht mehr gewachsen ist, weil die Atmosphäre, sein schützender Mantel, zerschissen ist, weil die Duldsamkeit der Ausgebeuteten in Hungerrevolten und immer stärkere Migrationsströme in den Norden umschlägt und die Sicherheit der Reichen gefährdet. So stößt die scheinbar grenzenlose Ausbeutung doch an Grenzen.

8. Seit 500 Jahren versucht das Abendland die Welt davon zu überzeugen, daß der Weg zum Heil aller über sein Zivilisationsmodell führt. Im Namen dieser Weltanschauung wurde erobert und vernichtet, versklavt und ermordet, missioniert und verwaltet. Heute stehen die Verkünder dieser Botschaft vor ihrer größten Krise, denn alle wissen, daß der universelle Anspruch des europäischen Zivilisationsmodells nicht realisierbar ist, er stößt an die objektiv gegebenen sozialen und ökologischen Grenzen. Die Ungleichheit der Überlebenschancen und die ungleiche Verteilung der Überlebensmittel nimmt zu, weil sich der Markt nicht an den Bedürfnissen der Menschen sondern an ihrer Kaufkraft orientiert. Und: Würden alle Menschen der Erde soviel Erdöl verbrauchen wie die EinwohnerInnen der USA, dann wären alle bekannten Vorräte in 19 Tagen verbraucht. Würden alle 5 Milliarden Menschen soviel Rohstoffe, soviel Energie verbrauchen, soviel Umwelt verschmutzen, wie die 800 Millionen im Norden, das Ende des Planeten wäre eine Sache von wenigen Jahren.

9. In dieser Lage kann sich der Norden verhärten oder umkehren. Verhärten, daß heißt der Norden baut sich seine Festung: Er versorgt sich mit allem, was die Welt bietet, er holt es sich, wenn notwendig mit Waffengewalt. Er schließt die Tore und wehrt AsylantInnen und EmigrantInnen mit allen Mitteln ab. Oder der Norden kehrt um: Er fängt an zu begreifen, daß sein viel gepriesener Entwicklungsweg ein Irrweg ist, daß er aufhören muß, andere auf diesen Weg führen zu wollen, daß er nicht die "Unterentwickelten" zu belehren hat, sondern von ihnen endlich lernen muß: Die Erde ist die Mutter, ohne die die Menschen nicht fähig sind zu leben. Und: Geld kann man nicht essen.

10. Die globalen Bedrohungen verlangen globale Veränderungen; Veränderungen, die vor allem das europäische Zivilisationsmodell betreffen. Die Menschen im Süden, durch die frevelhafte Maßlosigkeit der Konsumgesellschaft abgekoppelt vom Wohlstand, werden rascher Wege des Überlebens finden als die im Norden. Wir sollten anfangen, von ihnen zu lernen.

Die nachfolgenden Gedanken sollen die Bereiche dieses Lernens näher beschreiben und verstehen sich als Impulse zu einem gemeinsamen Lernprozeß zwischen Süd und Nord.

Umwelt

Raubbau oder sanfte Nutzung

Die grenzenlose Gier einer Minderheit nach Reichtum und Wohlstand zerstört zunehmend die Lebensgrundlagen aller Menschen - im Norden wie im Süden. Dürre und Überschwemmungen nehmen weltweit zu, die Regenwälder werden abgeholzt und niedergebrannt, und auch hier in Europa stirbt der Wald. Um "besser zu leben", verbraucht die Wohlstandsgesellschaft das, wovon sie lebt. Langsam und spät dämmert die Erkenntnis, daß der unbekümmerte Raubbau an unersetzbaren Naturvorräten auf Kosten aller Menschen geht. Die Lebensqualität verschlechtert sich, die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen ist in Gefahr.

Viele Staaten des Südens sehen sich gezwungen, zur Rückzahlung ihrer Kredite einen ihrer größten Schätze, den an Tier- und Pflanzenarten so ungeheuer reich ausgestatteten Tropenwald als Rinderweiden für internationale Konzerne oder für Holzexporte in die Industrieländer zu opfern. Der Lebens- und Wirtschaftsraum der einheimischen Bevölkerung wird drastisch eingeschränkt und zusehends vernichtet. Durch die Aufnahme umweltgefährdender Produktionsstätten und die Endlagerung von Giftmüll aus den Industriegesellschaften läßt sich zwar die Zahlungsbilanz der verarmten Staaten aufbessern, aber anstatt einen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, verdienen transnationale Konzerne am Export von Umweltzerstörung.

Für viele Menschen auf unserem Planeten sind die Lebensbedingungen schon heute menschenunwürdig. Eine Ausweitung der verschwenderischen und zerstörerischen Produktions- und Lebensweise der Industriegesellschaften auf die ganze Welt

käme einem kollektiven Selbstmord gleich. Ohne eine radikale Veränderung unserer Lebensgewohnheiten, unserer Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik werden die Lebensbedingungen schon in wenigen Jahrzehnten für alle Menschen unerträglich werden. Nur auf Wirtschaftswachstum und materiellen Fortschritt ausgerichtete Konzepte führen zur Risikogesellschaft, in der die Katastrophe der Normalzustand wäre.

Die Wohlstandsgesellschaft verschleiert ihre tatsächlichen sozialen und ökologischen Kosten. Wasser und Luft gibt es nicht ewig zum Nulltarif. Ebenso wenig dürfen die Kosten, die aus der Arbeitslosigkeit und Zerstörung der Volksgesundheit erwachsen, übersehen werden. Eine Wirtschaft, die ihre Grundlagen nicht selbst zerstören will, muß die sozialen und ökologischen Kosten in die Preisberechnung einbeziehen.

Es gilt, Bewußtsein für die weltweiten Folgen lokaler Aktivitäten zu schaffen und eine globale Umweltpolitik durchzusetzen. Im Klimabündnis beispielsweise verpflichteten sich europäische Städte, ihren Schadstoffausstoß zu verringern, einen ökologischen Stadtumbau einzuleiten und RegenwaldbewohnerInnen in ihren Bemühungen zur Verteidigung ihres Lebensraumes zu unterstützen.

Wirtschaft

Profitorientierung oder Vorrang für Bedürfnisse

Sinn des wirtschaftlichen Handelns ist es, die verfügbaren Mittel so einzusetzen, daß die Bedürfnisse aller Menschen auf die bestmögliche Art befriedigt werden. Auch außereuropäische Gesellschaften haben vor dem Zeitalter der Kolonialisierung diese Aufgabe mit Erfolg gelöst. Es gab zwar immer Naturkatastrophen, Kriege und soziale Ungerechtigkeit. Aber die Besitzergreifung durch die europäischen Kolonialmächte brachte ganzen Völkern und Kontinenten systematische Ausbeutung und Verelendung, die durch die neokolonialen Strukturen der Abhängigkeit zur grausamen Perfektion entwickelt wurden. So haben sich die Lebensbedingungen für viele Menschen in weiten Teilen Afrikas und Lateinamerikas in den letzten Jahrzehnten drastisch verschlechtert.

Seit der Kolonialzeit diktieren die mächtigen Staaten des Nordens, welche Rohstoffe die abhängigen Gebiete zu produzieren haben und welche Preise dafür bezahlt werden. Die logische Folge: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die

zahlreichen Versuche der Befreiung aus der Abhängigkeit sind weitgehend vereitelt worden, da dem Norden ein breitgefächertes Instrumentarium von Isolationsmaßnahmen, wirtschaftlichen Repressalien und Militäraktionen zur Verfügung steht.

Die Versuche der Staaten des Südens durch ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der internationalen Politik und der Weltwirtschaft eine stärkere Position zu erreichen, waren in den Siebzigerjahren eine große Hoffnung, die sich aber nicht erfüllte. Die Strategie der Mächtigen, die Hungernden zu entzweien, ist meist aufgegangen. Wirtschafts- und "Entwicklungshilfe" wurde und wird von den Mächtigen als Instrument zur Durchsetzung der eigenen politischen und ökonomischen Ziele eingesetzt, so etwa als es darum ging, in Südostasien einige Länder als Bollwerke gegen den Kommunismus aufzubauen.

Damit die Volkswirtschaften der Länder des Südens die ihnen gestellte Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung erfüllen können, müssen sie durch politische Maßnahmen dazu in die Lage versetzt werden. Das würde bedeuten, daß die Preise für ihre Exportprodukte auf einem Niveau stabilisiert werden, das das Überleben und den Wiederaufbau sichert. Das würde bedeuten, daß die Industrieländer ihren Protektionismus gegen Fertigwaren aus dem Süden abbauen und die Vermarktung der Produkte durch die Exportländer selbst geschieht. Das würde bedeuten, daß transnationale Konzerne, die ökonomisch um ein Vielfaches mächtiger sind, als die meisten Staaten des Südens, durch internationales Recht an einen Verhaltenskodex zu binden wären. Das würde bedeuten, daß die Staaten des Südens in den internationalen Organisationen, sei es in der UNO oder in den internationalen Finanzinstitutionen, ein ihrem Bevölkerungsanteil gemäßes Gewicht bekommen.

Solange die externen Rahmenbedingungen für die benachteiligten Volkswirtschaften so bleiben, wird der Prozeß der Verelendung mit allen seinen Folgen weitergehen, werden auch die notwendigen Reformen der internen gesellschaftlichen Strukturen ausbleiben.

Die Gleichsetzung von Entwicklung mit dem Wachstum des Bruttosozialproduktes hat nie funktioniert. Wirtschaftswachstum auf der Makroebene geht in den Ländern des Südens häufig mit Verelendung und ökologischer Zerstörung einher. Hier wird deutlich, daß die Erneuerung bis hin zu den Denkmustern und Lebensweisen im Norden gehen muß.

Für die Beurteilung, ob eine Entwicklung im Sinne einer selbstbestimmten Entfaltung in einem Lande stattfindet, müssen neue Begriffe und Maßstäbe gesucht werden. Einen ersten Ansatz stellt der "Human Development Index" des UN-Programms für Entwicklung (UNDP) dar.

Landwirtschaft

Lebensmittel oder Präparate aus dem Genlabor

Gesunde Nahrungsmittel und eine funktionierende Landwirtschaft sind die Basis für das menschliche Überleben und eine umfassende Entfaltung. In vielen benachteiligten Gesellschaften sind die Voraussetzungen dafür aber nicht gegeben. Obwohl weltweit gesehen die Nahrungsmittelproduktion stärker wächst als die Bevölkerung, greifen in vielen Regionen Hunger und Fehlernährung weiter um sich. Ungerechte Eigentums- und Verteilungsstrukturen und die daraus resultierenden Konflikte sind die Ursache.

Die Konzentration von Boden in Händen weniger in- und ausländischer Großgrundbesitzer und Unternehmer - vor allem in Lateinamerika - treibt die Menschen in die Slums der Städte. Hunger und Mangelernährung mit all ihren Auswirkungen auf die Entfaltungsmöglichkeiten der einzelnen Menschen sind die Folge.

Immer mehr fruchtbare Böden dienen der Produktion für den Export, während KleinbäuerInnen von ihrem Land vertrieben werden. Dort werden Frischgemüse für den europäischen Markt und Viehfutter für Rinder und Schweine im Norden angebaut. Die Erlöse aus den landwirtschaftlichen Monokulturen kommen nicht der breiten Bevölkerung zugute, sondern dienen in erster Linie transnationalen Konzernen, den Schuldendienstzahlungen oder der Bereicherung der lokalen Eliten und der Finanzierung des Polizei- und Unterdrückungsapparates, der zur Aufrechterhaltung dieses Systems erforderlich ist.

Die meisten Länder des Südens wären durchaus in der Lage, die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu erreichen, vorausgesetzt daß der Zwang zum Anbau von Exportprodukten von ihnen genommen wird. Anstatt aber diesen Druck zu erleichtern, machen die Industrieländer die verarmten Länder des Südens auch mit Nahrungsmittelhilfe abhängig. Nahrungsmittelhilfe, in Katastrophenfällen durchaus angebracht, führt zur Zerstörung der lokalen landwirtschaftlichen Versorgung, wenn sie zur Dauereinrichtung wird. Als eigentliches Hauptmotiv für die "Hilfe" steht der Abbau von Überschüssen aus der chemo-technischen Agroindustrie Europas und Nordamerikas im Vordergrund.

Der wissenschaftliche Fortschritt im Bereich der Gen- und Biotechnologie revolutioniert die Nahrungsmittelproduktion - ebenfalls zu Lasten der Kleinbäuerinnen und -bauern. Chemie- und Pharmakonzerne holen sich kostenlos genetisches Material, beispielsweise aus den tropischen Regenwäldern, und entwickeln neue Nutz-

pflanzenarten und -sorten. Das entsprechende Saatgut muß dann nach Entrichtung von Patentgebühren von den Konzernen bezogen werden. Die Patentierung von Leben jeglicher Art ist daher strikt abzulehnen.

Für manche löst die Gentechnik die Ernährungsfragen der Zukunft. Die Versorgung mit Zucker, Ölen, Stärke und pflanzlichen Fasern könnte bald von herkömmlichen Anbaumethoden abgekoppelt werden. Dem stehen aber unabsehbare Risiken für Menschen und Umwelt gegenüber. Irreversible Veränderungen des genetischen Materials stellen einen nicht zu verantwortenden Eingriff dar.

Die Bio- und Gentechnologie bringt eine neue Qualität der Abhängigkeit: Kleine und mittlere Bäuerinnen und Bauern in aller Welt würde die Existenzgrundlage entzogen, KonsumentInnen wären von den wenigen kapitalstarken Konzernen abhängig, die die Produktionsverfahren monopolisieren. Mit raschen Maßnahmen sind die bedrohlichsten Entwicklungen noch unter Kontrolle zu bringen.

Verschuldung

Habgier oder Vernunft

Die Verschuldung der meisten Staaten der "Dritten Welt" explodierte in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre. In den Banken Europas und der USA lagerten zu Beginn der siebziger Jahre ungenützte Dollarüberschüsse. Den Staaten und Unternehmen der benachteiligten Gesellschaften wurden Kredite zu günstigen Zinsen förmlich aufgedrängt. Zugleich versuchte man, die ökonomische Stagnation in den industrialisierten Staaten durch Investitionen in benachteiligten Regionen zum Teil zu überwinden. Ein großer Industrialisierungsschub schien in Sicht. Bald jedoch erwies sich alles als Illusion: Die Kreditzinsen und der Dollarkurs kletterten auf Grund der Aufrüstungspolitik der USA in astronomische Höhen. Und die in den neuen Fabriken erzeugten Waren konnten - falls die Betriebe überhaupt funktionierten - wegen der protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer nicht abgesetzt werden. Außerdem verfielen die Preise für Rohstoffe, und viele Mittel flossen in unproduktive Sektoren und in die Rüstung.

Dies führte in den achtziger Jahren zur Schuldenkrise. Nur um die fälligen Rückzahlungen und Zinsen bezahlen zu können, mußten neue Kredite aufgenommen werden. Solche wurden und werden aber nur gewährt, wenn die Schuldnerstaaten bereit sind, auf die Strukturanpassungsprogramme von Internationalem Währungs-

fonds (IWF) und Weltbank einzugehen. Diese zielen nicht auf die Befreiung von den Schulden, sondern auf die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit ab. Verlangt werden Kürzungen der staatlichen Ausgaben für soziale Einrichtungen und Infrastruktur, Privatisierungen, Erleichterung des Gewinntransfers und Senkung der Löhne. Durch verstärkte Produktion für den Export sollen die Devisen zur Schuldendienstleistung erwirtschaftet werden. Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Hungerrevolten sind die Folge dieser Programme.

Zwischen 1982 und 1990 zahlten die verschuldeten Staaten des Südens nach Angaben der OECD um 432 Milliarden US-Dollar mehr an ihre Gläubigerstaaten und -banken zurück, als sie von diesen in Form von Krediten, Direktinvestitionen und "Entwicklungshilfe" erhielten. Da korrupte Machthaber, Diktatoren und Geschäftemacher aus benachteiligten Gesellschaften außerdem illegal Unsummen an Fluchtgeldern in die internationalen Geschäftsbanken verschoben haben, ist jeder tragfähigen Entfaltung der abhängigen Volkswirtschaften der Boden entzogen.

Selbstbestimmte Entfaltung verlangt Befreiung von der Schuldenlast. Insbesondere sind jene Schulden zu streichen, die durch Kursschwankungen und Zinsensteigerung, durch Verschlechterung der Austauschbedingungen im Handel (Terms of Trade) und durch fahrlässige Kreditvergabe der Banken entstanden sind. Fluchtkapital aus den Schuldnerstaaten soll als Rückzahlung der Schulden angerechnet werden. Eine Neuordnung der internationalen Finanzbeziehungen muß auch eine gerechtere Form des Zinssystems anvisieren.

Bei allen Entschuldungsmaßnahmen muß als Prinzip gelten, daß all jene, die für die leichtfertige Vergabe bzw. für die unproduktive oder betrügerische Verwendung der Kredite mitverantwortlich waren, zur Kasse gebeten werden.

Schuldentauschgeschäfte, die nicht von betroffenen Basis- und Volksorganisationen mitgetragen werden (Debt-for-Natur-Swaps) sind abzulehnen. Vorrang sollte Modellen eingeräumt werden, wo Gelder statt in den Schuldendienst in sinnvolle soziale und ökologische Projekte im Schuldnerland fließen.

Rasche Nachlässe und Streichungen sind vorrangig, vor allem für die schwer überschuldeten Staaten in Afrika südlich der Sahara, damit sie ein wenig wirtschaftspolitischen Spielraum erhalten. Schuldenstreichung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Lösung der tiefgehenden Krise der Weltwirtschaft.

Rüstung

Zerstörung oder gewaltfreie Entfaltung

Wir leben in einer ver-rückten Welt. Mehr als drei Milliarden US-Dollar werden Tag für Tag für militärische Zwecke ausgegeben. ein einziges Prozent davon würde 30 Millionen Menschen die Befriedigung ihrer täglichen Grundbedürfnisse ermöglichen. Rüstung bedeutet eine ungeheure Verschwendung menschlicher und natürlicher Ressourcen und ein gewaltiges, in vielen Fällen sogar das entscheidende Hindernis für eine menschengerechte Entfaltung.

Jedes Jahr werden von den Industriestaaten mehr Waffen als "Entwicklungshilfe" in die Staaten des Südens transferiert. Das Militär beansprucht immer höhere Anteile des Staatshaushaltes. Die Rüstungsausgaben übersteigen in vielen Fällen bereits die gesamten Mittel für Gesundheit, Bildung und Soziales, schränken diese immer mehr ein und beschleunigen die Verschuldung. Rüstung tötet auch ohne Krieg.

Die Hoffnungen, daß mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes wenigstens ein Bruchteil der eingesparten Rüstungsgelder von den Regierungen der reichen Staaten den Ärmsten zur Verfügung gestellt würde, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Der Export von High-Tech-Waffen bringt weiterhin lukrative Gewinne. Offenbar werden die Waffenarsenale noch gebraucht - als Abschreckungsinstrument gegen die zunehmend heftiger werdenden Forderungen des verarmten Südens nach mehr Gerechtigkeit. Das Konzept gewaltsamer Konfliktbereinigung durch schnelle professionelle Eingreiftruppen aus den Industrieländern zielt in diese Richtung.

Krieg ist jedoch ein untaugliches Mittel zur Lösung von politischen und sozialen Konflikten. Es gilt, Bewußtsein zu schaffen, daß die Existenz nationaler Streitkräfte und das vorhandene Vernichtungspotential mögliche Krisen verschärft. Der Abbau von bedrohlichen Spannungen aus dem Nord-Süd-Konflikt und eine gewaltfreie, eigenständige Entfaltung sind nur dann möglich, wenn zumindest langfristig die Ursachen für Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Entfremdung beseitigt werden.

Dazu müssen die Militärhaushalte weltweit - auch in den Staaten des Südens selbst - drastisch reduziert, Rüstungsexporte auf allen Ebenen eingeschränkt werden. Als minimales Sofortprogramm zum Abbau dieser Gewaltstrukturen sollen alle Industrieländer mindestens zehn Prozent der eingesparten Rüstungsausgaben, zumindest aber ein Prozent des Militärhaushaltes den "Entwicklungs"- und Umweltfonds der Vereinten Nationen oder ähnlichen Hilfsprogrammen zur Verfügung zu stellen. Jene Staaten, die diese Mittel in Anspruch nehmen, verpflichten sich, ihre eigenen Rüstungsausgaben Jahr für Jahr zu verringern.

Wachsende Bedeutung kommt auch der Förderung von alternativen Formen der Selbstverteidigung und gewaltfreien Konfliktlösungen zu, wie sie größtenteils von den Betroffenen selbst gegen Unterdrückung und ungerechte Verhältnisse entwickelt wurden und werden.

So können strukturelle Gewalt, Nationalismus, Militarismus und das Geschäft mit dem Tod langfristig vielleicht überwunden werden.

Konfrontation der Kulturen

Bedrohung oder Bereicherung

Die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen führt schon jetzt zu großen Wanderungs- und Fluchtbewegungen, vor allem in Afrika und Osteuropa. Es ist damit zu rechnen, daß diese Migrationsströme in Zukunft noch bedeutend zunehmen, wenn die von den Industrieländern mitverursachten Verelendungsprozesse und Umweltkatastrophen nicht entschlossen bekämpft werden.

Seit 500 Jahren ziehen die EuropäerInnen als Entdecker und Eroberer in die ganze Welt hinaus. Viele EuropäerInnen sind ausgewandert und haben in der Fremde ihr Glück oder zumindest eine neue Existenz gefunden. Von den von ihnen aufgebauten politischen und ökonomischen Systemen profitiert vor allem ihre alte Heimat. Vorhandene Kulturen wurden und werden zerstört, verdrängt und unterworfen.

Jetzt drängen die Verarmten dorthin, wohin ihr Reichtum geflossen ist: in die Länder des Wohlstandes im Norden. Sie konnten sich der Einwanderung der EuropäerInnen nicht erwehren - jetzt aber werden sie mit Polizeimethoden von den reichen Industriestaaten ferngehalten. Die Aushöhlung der Menschenrechte und des Asylrechts durch restriktive polizeiliche, juristische und politische Maßnahmen ist nicht tolerierbar. Die globale Völkerwanderung kann nur dann eingedämmt werden, wenn in den notleidenden Regionen die Ursachen für Verfolgung, Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt werden. Wirksame Migrationspolitik heißt weltweite Verteilungs-, Sozial-, Friedens- und Umweltpolitik.

Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, Lösungsansätze zu erarbeiten. Als erste Maßnahmen sollten rasch Schritte zu unbürokratischen Soforthilfen für Flüchtlinge, Vereinbarungen mit den Herkunftsländern über Lastenausgleich, flan-

kierende Wirtschaftshilfe und wenn möglich Rücksiedlungsprogramme gesetzt werden.

Auch nach Österreich kommen immer mehr Menschen aus anderen Ländern. Das führt zu Ängsten auf beiden Seiten. Viele fürchten um ihren Arbeitsplatz, fürchten, daß die Fremden auf ihre Kosten leben. Manche sehen sich schon als Minderheit im eigenen Land. Diese Ängste, das Einander-nicht-kennen, schlagen oft in Feindseligkeiten um.

Die Zuwanderer und Flüchtlinge hingegen kennen die hier herrschenden Normen und Regeln nicht, fühlen sich durch die ungewohnte Umgebung bedroht. Sie kommen oft aus dörflichen Strukturen, was zu großen Anpassungsschwierigkeiten in den fremden Städten führt. Und das wird ausgenutzt: PolInnen, TürkInnen und JugoslawInnen machen die schmutzigsten Arbeiten für die geringsten Löhne, zahlen meist viel zu hohe Mieten für schlechte Wohnungen, zahlen Steuern, dürfen jedoch - auch wenn sie schon längere Zeit im Land sind - nicht mitbestimmen oder wählen und sind Anpöbelungen ausgesetzt. Es fehlt das Verständnis füreinander und die Möglichkeit, einander näher kennenzulernen.

Wenn Kulturen aufeinanderprallen regiert zumeist das Recht des Stärkeren. Traditionen und Formen der Lebensbewältigung einer Gruppe werden zerstört, unterdrückt oder assimiliert. In der Begegnung der verschiedenen Kulturen - auch wenn sie erzwungenermaßen erfolgt - kann aber eine große Chance liegen, wenn wir einander nicht mit der Arroganz der Überlegenen gegenüber treten. Dazu ist ein gesellschaftlicher Lernprozeß notwendig, der offensichtliche und latent vorhandene rassistische Strukturen und Denkmuster in den Wohlstandsgesellschaften beseitigt.

Begegnung findet überall dort statt, wo Menschen miteinander leben, arbeiten und lernen: im Betrieb, in der Schule, im Wohnhaus. Sie setzt eine gleichwertige Akzeptanz unterschiedlicher kultureller und ethnischer Werte voraus, wobei die Konflikthaftigkeit einer solchen Begegnung bewußt einkalkuliert werden muß. Geht man davon aus, daß verschiedene Kulturen verschiedene Arten von Daseinsbewältigung darstellen, so kann ein gleichwertiger Austausch dieser Erfahrungen zur gegenseitigen Bereicherung und zu mehr Toleranz führen.

Tourismus

Flucht oder Begegnung

Eine immer größere "Fluchtbewegung" findet auch aus den wohlhabenden Ländern des Nordens in die verarmten Länder des Südens statt. Der Ferntourismus zeichnet enorme Zuwachsraten. Von dieser Erlebnisfreudigkeit der Wohlhabenden in den Industrieländern haben die bereisten Gesellschaften wenig. Die Nachteile überwiegen meist die Vorteile. Die Fremde wird zu einem Tummelplatz europäischer, japanischer und nordamerikanischer TouristInnen, die aus ihrem Alltag ausbrechen, sich einen Traum erfüllen, Abenteuer erleben und ihr Sozialprestige mit einem fernen Urlaubsziel, vielleicht auch einem exotischen Liebesabenteuer aufmöbeln wollen. Daß dabei Lebensgrundlagen und Traditionen in anderen Kulturen zerstört und Ressourcen vergeudet werden, die der einheimischen Bevölkerung fehlen, wird den Feriengästen oft nicht bewußt. Ein wirkliches Kennenlernen von fremden Kulturen findet nicht statt, sodaß soziale und ethnische Vorurteile auf Grund flüchtiger Eindrücke eher unterstützt werden.

Wenn die Ursachen für die "Flucht", entstanden aus den unbefriedigenden Lebens- und Arbeitszusammenhängen in den Industriegesellschaften, grundlegend beseitigt werden, wird der Ferntourismus in sanfteren Formen stattfinden. Solange die Lebens-, Arbeits- und Beziehungsformen im Norden als bedrückend empfunden werden, kompensiert das standardisierte Angebot von Reisen in ferne Länder entgangenes Leben. Vorgegaukelt werden: mehr Prestige, Luxus und eine höhere soziale Anerkennung als zu Hause sowie die Illusion, gestörte oder auch geheime sexuelle Wünsche befriedigen zu können - vor allem auf Kosten der Würde Tausender Frauen und Kinder, denen seelisches und körperliches Leid zugefügt wird.

Fernreisen beinhalten aber auch die Chance auf Erfahrung, Begegnung und Lernen, wenn die Reisenden ihr eingeübtes Überlegenheitsgefühl ablegen und ihnen die verschiedenen Kulturen und Formen der Lebensbewältigung als gleichwertig nähergebracht werden. Dazu sind aber wesentliche Strukturveränderung in der Reiseorganisation notwendig. Vor- und Nachbereitungsmöglichkeiten für die Reisenden, intensive Ausbildung und regelmäßige Schulung für das Personal in Tourismusbetrieben sind erste Schritte in diese Richtung.

Ferntourismus ist nur dann zu akzeptieren, wenn er kultur- und umweltschonend betrieben wird und einen realen ökonomischen Nutzen für alle Gesellschaftsschichten der bereisten Länder bedeutet. Es ist der falsche Ansatz, die Infrastruktur im Zusammenhang mit Hotelanlagen auszubauen, denn für Flugplätze, Straßen und

Gebäudekomplexe verlieren oft Einheimische ihren Lebensraum, ihre Einkommensmöglichkeiten in Landwirtschaft und Fischerei sowie den Zugang zu den knappen Ressourcen Energie und Wasser. Stattdessen müssen der Kapitaleinsatz, die ökologischen Belastungen und Landschaftszerstörungen minimiert und sichergestellt werden - etwa durch die Einhebung einer Tourismussteuer -, daß die Einnahmen der Tourismusindustrie auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den betroffenen Regionen eingesetzt werden.

Medien

Klischees oder Information

Nicht nur als TouristInnen, sondern in allen Lebensbereichen halten sich die Angehörigen der westlichen Industrieländer für überlegen. Wie selbstverständlich wird der Export von Zivilisation, Wertesystem und Lebensformen betrieben.

Die Illusion von der Überlegenheit des westlichen Lebensmodells wird von den Massenmedien mitproduziert. Die Durchdringung der Länder des Südens mit den Nachrichten und Kommunikationstechnologien, die von wenigen Großkonzernen in Industrieländern kontrolliert werden, weckt Bedürfnisse und führt zu Abhängigkeiten. Die "Liberalisierung" der Dienstleistungen durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) wird die Handlungsspielräume der Kommunikationsmonopole weiter vergrößern.

Gleichzeitig widmen die Medien der Industriestaaten dem überwiegenden Teil der Menschheit äußerst wenig Raum. Das Bild der benachteiligten Gesellschaften wird reduziert auf Hunger, Elend, Kriege und Exotik. Die Leistungen und das Faszinierende dieser Kulturen, wie die Menschen ihren Alltag meistern, finden in Fernsehen, Film und Zeitungen kaum Niederschlag. Stimmen aus dem Süden finden wenig Gehör. Durch die Reduzierung der Berichterstattung auf Klischees und aktuelle Ereignisse wird über die tatsächliche Situation der Menschen nur oberflächlich und einseitig berichtet, was die Entstehung von Vorurteilen und rassistischen Verhaltensweisen fördern kann.

So sind die Ursachen für tägliche Verletzungen der Menschenrechte, für Folter, Verfolgung von Minderheiten, Kinderarbeit, für die spezifische Ausbeutung der Frauen etwa durch Arbeitsüberlastung, Vergewaltigung, geringeren Zugang zu Bildung oder Zwang zur Prostitution, kein Thema für die Medien. Über Gewalt wird

nur dann berichtet, wenn sie das alltägliche Maß überschreitend als Sensation vermarktet werden kann.

Die Gewalt zur Aufrechterhaltung der Welt-Unordnung wird nicht thematisiert, denn als Wirtschaftsunternehmen sind die Massenmedien in doppelter Weise Teil des Systems: Einerseits zählen Produktion und Handel von und mit Informationen und Kommunikationstechnologien selbst zu den größten Industriesektoren. Auf der anderen Seite müssen die Medien ihre beiden Waren - Nachrichten für LeserInnen und SeherInnen, Anzeigenraum für die Werbewirtschaft - auf den einträglichen Märkten der Industrieländer verkaufen.

Dem ist ein neuer Ansatz der Kommunikation entgegenzusetzen. Die Bewältigung brennender, Länder und Kontinente übergreifender Probleme setzt einen Dialog voraus, der nur durch einen effizienten und ausgewogenen Informationsfluß zwischen Nord und Süd möglich wird. Alle Formen der direkten Kommunikation und die Nutzung authentischer Quellen aus dem Süden sind auszubauen. Wenn die LeserInnen und SeherInnen ihre Informationsbedürfnisse verstärkt an die bestehenden Massenmedien herantragen, könnte auch deren Berichterstattung den Menschen Süden mehr Aufmerksamkeit einräumen, über Zusammenhänge informieren und zeigen, wie der Alltag in den benachteiligten Gesellschaften bewältigt wird.

Langfristig muß ein ausbalancierter Informationsfluß das Ziel sein, der dem Süden nicht europäische und US-amerikanische Kulturmuster aufzwingt, sondern die vorherrschende eurozentristische Betrachtungsweise anderer Kulturen zurechtrückt. Dies könnte etwa durch die Verwendung von "Dritte Welt"-Nachrichtengagenturen, durch JournalistInnen-Schulung, durch Entsendung österreichischer KorrespondentInnen in bisher zu wenig beachtete Regionen, durch Einrichtung von speziellen Ressorts oder durch JournalistInnen-Austausch erreicht werden.

Drogen

Kreuzzug oder gemeinsame Sorge

Die Auswirkungen des Konsums von legalen (Alkohol, Nikotin, Medikamente) und illegalen Drogen sind heute ein schwerwiegendes Problem. Es ist eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, gegen den Drogenmißbrauch gemeinsam vorzugehen. Dabei muß aber vermieden werden, daß ausschließlich Maßnahmen gegen die Rohstoffproduzenten im Süden ergriffen, ein neues Feindbild aufgebaut,

neue Kreuzzüge gestartet werden. Das Drogenproblem darf - nach dem Wegfallen des kommunistischen Feindbildes - nicht als Ersatz-Vorwand für eine neue Interventionspolitik herangezogen werden. Wie das Beispiel Panama zeigt, finden aber bereits massive Militäraktionen der USA in Zentralamerika, aber auch in den Andenstaaten statt.

Es wird übersehen, daß das wirklich große Geschäft mit den Drogen - abgesehen von einigen Drogenbaronen - in den Konsumentenländern gemacht wird, daß Drogengelder in Schweizer Banken und anderen Zentren des internationalen Finanzkapitals "reingewaschen" werden. Die Wurzel des Drogenproblems ist nicht die Koka-pflanze in den Anden oder die Mohnpflanze im Norden Thailands, sondern sind Orientierungslosigkeit und Verzweiflung, die bei immer mehr Menschen trotz des relativen Wohlstandes in den industrialisierten Gesellschaften um sich greifen.

Die Indios der Andenregion kauen die Blätter der Koka-Pflanze seit Jahrtausenden in rituellen, kultischen Handlungen. Bei den indigenen Völkern unterliegt der Gebrauch des Kokablattes einer klaren sozialen Kontrolle. Die Droge Kokain entsteht erst durch die Verarbeitung der Blätter mit Chemikalien, die von Konzernen aus den Industrieländern geliefert werden. Das Problem des Mißbrauchs einer Kulturpflanze ist nicht dadurch zu lösen, daß man ihren Anbau unterbindet und damit Traditionen indigener Völker zerstört.

Der Einsatz chemischer Mittel gegen Kokafelder ist unverantwortlich, und militärische Gewalt gegen die KokapflanzerInnen kann die Gesetze des freien Marktes nicht ausschalten. Erst wenn die Nachfrage nach Drogen in den Industrieländern verringert wird und wenn den Bauern und Bäuerinnen für andere landwirtschaftliche Produkten Preise zugestanden werden, die ihnen eine würdiges Leben ermöglichen, wird das Angebot sinken.

Bevölkerungspolitik

Kontrolle oder Selbstbestimmung

Die Bevölkerung auf dieser Erde wächst. Angst geht um in den reichen Gesellschaften vor der Bevölkerungsexplosion, den unübersehbaren Menschenmassen der Verarmten.

Um von den berechtigten Forderungen nach wirtschaftlichem Ausgleich für die Benachteiligten und nach einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft abzulenken, rücken die "Entwicklungs"planer immer stärker die Frage des Bevölkerungswachstums in den Mittelpunkt des internationalen Politikdialogs. Nicht die verschwenderische Lebensweise in Nordamerika und Europa, wo jeder Mensch im Laufe seines Lebens im Vergleich zu den BewohnerInnen der benachteiligten Regionen ein Hundertfaches an Energie und natürlichen Ressourcen verbraucht, scheint das Problem zu sein. Nein, anstelle der Armut sollen die Armen bekämpft werden, die als Überlebensstrategie und zur Einkommenssicherung für ihre Familien viele Kinder in die Welt setzen, von denen angesichts der katastrophalen Ernährungs- und Gesundheitsversorgung ohnehin nur ein Teil das Erwachsenenalter erlebt.

So wurden und werden bevölkerungspolitische Maßnahmen über die Köpfe der Betroffenen hinweg geplant, ausgearbeitet und durchgeführt. Die Entscheidung, ob, wann und wieviele Kinder sie haben wollen und mit welchen Methoden sie planen können, fällt ohne die Frauen. Letzter "Schrei" sind, in engem Zusammenhang mit der Gentechnologie, die Reproduktionstechnologien: Während unfruchtbaren Frauen (und Männern) in den Industriegesellschaften durch In-Vitro-Fertilisation geholfen werden kann, sollen die armen Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika am Gebären zu vieler Nachkommen gehindert werden: Die derzeit im Entwicklungsstadium befindliche Impfung gegen Schwangerschaft wird leichter handzuhaben sein als etwa umständliche Sterilisationskampagnen früherer Jahre.

Kinderreichtum bedeutet in traditionellen Kulturen gesellschaftliches Ansehen für Männer und soziale Sicherheit für Frauen und Familien. Im Kulturgut verankertes Wissen über Verhütungsmethoden ist im Lauf der Kolonisierung größtenteils zerstört worden. Heute haben Frauen kaum Zugang zu Verhütungsmitteln. Dennoch - oder gerade deshalb - wünschen sich viele, ihre Familien selbstbestimmt planen zu können.

Maßnahmen gegen ein unkontrolliertes Wachstum der Bevölkerung müssen, wenn sie der Menschenwürde gerecht werden wollen, einen Beitrag zur Überwindung patriarchaler Strukturen leisten und dürfen nur gemeinsam mit betroffenen Frauen geplant, gedacht und durchgeführt werden. Voraussetzung dafür sind die nötige Bildung und berufliche Ausbildung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Forschungs- und Finanzmittel in Händen von Frauen.

Frauen

Diskriminierung oder Gleichberechtigung

Besonders betroffen von der verhängnisvollen "Entwicklung" der vergangenen Jahrzehnte sind die sozial Schwachen, die Machtlosen in dieser Welt - die Frauen, deren Arbeitsbelastung ständig steigt, und die für das Überleben der Familien Raubbau an ihrer Gesundheit treiben, die Kinder zunehmend alleine versorgen müssen; die Kinder, die durch ihre Arbeit zum Familieneinkommen und zum Haushalt beitragen müssen, anstatt sich durch Ausbildung den Weg in eine bessere Zukunft ermöglichen zu können.

Seit der ILO-Schätzung von 1980, wonach Frauen zwei Drittel der weltweit getätigten Arbeitsstunden leisten, dafür jedoch nur 10 Prozent des Einkommens erhalten, hat sich die Lage der Frauen in vielen Ländern sogar noch verschlechtert. Nicht zuletzt ist dafür die verfehlte "Entwicklungspolitik" der letzten Jahrzehnte verantwortlich, die sich als frauenfeindlich entpuppt hat. Umgekehrt: Förderung von Frauen, die in vielen Gesellschaften die Grundlagen für eine Überlebenswirtschaft schaffen, führt meist auch zu einer sozial gerechteren und ökologisch verträglicheren Entfaltung von Gesellschaften.

Trotz einer in vielen Staaten formalen Gleichstellung von Mann und Frau ist eine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht erreicht und im herrschenden patriarchalen System auch nicht realisierbar. Eine friedliche Weltgesellschaft verlangt gleichberechtigte Beteiligung und Mitbestimmung der Frauen. Ihre Stimme und ihre Bedeutung müssen sowohl im privaten Zusammenleben zwischen den Geschlechtern und im Rahmen der Familie, als auch im politischen und im internationalen Rahmen erheblich an Gewicht gewinnen. Voraussetzung dafür ist der verbesserte Zugang von Frauen zu Bildungsmöglichkeiten.

Menschenrechte

Unterdrückung oder gleiches Recht für alle

Das erste und wichtigste aller Menschenrechte, das Recht auf Leben, wird massiv mißachtet. In Europa existiert zwar eine hohe Sensibilität für die Einhaltung der bürgerlichen Menschenrechte wie Presse- und Religions-, Organisations- und Reisefreiheit. Diese bedürfen aber einer sozialen und ökonomischen Absicherung, die in den benachteiligten Gesellschaften nicht gegeben ist. Eine Ausweitung in sozialer, geschlechtlicher und ethnischer Hinsicht ist notwendig. Die Menschenrechte auf gerecht entlohnte Arbeit, auf Bildung, Gesundheit, Wohnung und Erholung müssen politisch und wirtschaftlich erst noch durchgesetzt, Menschenrechtstraditionen nicht-europäischer Kulturen einbezogen werden.

Dem stehen die herrschenden menschenfeindlichen Wirtschaftsstrukturen entgegen. Die Industrieländer sind an der weltweiten Mißachtung dieser Grundrechte mitschuldig, weil sie den benachteiligten Gesellschaften gerechte Preise für ihre Produkte verwehren und ihre Ressourcen ausplündern. Es liegt in der Verantwortung des Nordens, diese Strukturen zu verändern.

Auf alle Institutionen, Regierungen und Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen hinnehmen oder sogar fördern muß öffentlich Druck gemacht werden, damit sie in keiner Weise Regime unterstützen, die Menschenrechte mißachten. Tatkräftig muß hingegen jenen Organisationen geholfen werden, die für die Realisierung der politischen und sozialen Grundrechte eintreten. Auch die "Entwicklungspolitik" der Industriestaaten ist streng nach diesen Kriterien zu überprüfen.

"Entwicklungszusammenarbeit"

Almosen oder Wiedergutmachung

Als 1960 die "Entwicklungsdekade" ausgerufen wurde, dachte wohl niemand daran, daß ihr eine zweite und eine dritte folgen sollten, und daß ihr Ziel auch dann noch nicht erreicht sein würde. Damals gingen die "Entwicklungsplaner" davon aus, daß die "Entwicklungsländer" bloß einen kräftigen finanziellen Anstoß bräuchten,

um in kürzester Zeit einen ähnlichen Lebensstandard zu erreichen wie die Industrieländer.

Damit wurde die Welt in "entwickelte" und in "unterentwickelte" Länder eingeteilt, und letzteren ein "Entwicklungsweg" vorgeschrieben: Der Westen meldete den Anspruch an, daß sein Modell von "Entwicklung" weltweit die Norm sein müsse - ein Anspruch, der heute nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Es ist daher nicht erstaunlich, daß die erwarteten Ergebnisse nicht eintrafen. Die "Entwicklungshilfe" selbst hatte in vielen Fällen maßgeblichen Anteil an der weiteren Verschlechterung der Lebenssituation und Verelendung von Millionen Menschen. Das Konzept der nachholenden Industrialisierung brachte den benachteiligten Gesellschaften "weiße Elefanten", riesige Fabriken, die nicht in die vorhandenen Wirtschaftsabläufe integriert waren und deren Technologie niemand beherrschte. Die "Grüne Revolution" versprach die Beseitigung des Hungers durch neues Saatgut und technisierte Landwirtschaft, brachte aber verstärkte Abhängigkeit von Chemiekonzernen, hohe Schulden für Bauern und Bäuerinnen, eine noch ungleichere Ressourcenverteilung und krankheitsanfällige Monokulturen. Die exportorientierte "Entwicklung" setzte auf die Standortvorteile im Handel mit Rohstoffen, doch durch das strukturelle Überangebot sanken die Preise auf dem Weltmarkt bei einigen Produkten ins Bodenlose.

Kurz und gut: Alle von außen initiierten Pläne und Konzepte entpuppten sich als Bumerang für die Mehrheit der Bevölkerung in den benachteiligten Gesellschaften. Lediglich einige Kleinprojekte, meist von privaten Organisationen durchgeführt, die von Anfang an auf Selbstorganisation und Beteiligung der unmittelbar Betroffenen setzten, brachten in kleinem Maßstab Verbesserungen.

Hauptursache für das Scheitern der "Entwicklungsdekaden" ist, daß die Industrieländer "Entwicklungshilfe" vor allem als Instrument der eigenen politischen und ökonomischen Interessen eingesetzt haben: Erschließung von Absatzmärkten, Förderung des eigenen Exports, Sicherung billiger Rohstoffquellen, Abbau der landwirtschaftlichen Überschüsse und Sicherung der Gefolgschaftstreue im Ost-West-Konflikt und bei anderen Auseinandersetzungen. Das waren und sind die unausgesprochenen Ziele. Somit scheint es verständlich, wenn viele Menschen aus verarmten Ländern allen weiteren "Hilfsmaßnahmen" aus Industrieländern mißtrauisch gegenüberstehen.

"Entwicklungszusammenarbeit" kann aber Positives leisten, wenn sie sich den vorhandenen Prozessen im betreffenden Land einordnet und zum Abbau von Abhängigkeit beiträgt. Solche eigenständigen Prozesse stehen in den benachteiligten Gesellschaften meist gegen die Interessen der herrschenden Schichten. "Entwicklungszusammenarbeit" muß sich daher an solche PartnerInnen wenden, die die Emanzi-

pation der Unterdrückten und Benachteiligten anstreben. Sie muß sich um Kooperation mit den entsprechenden Basis- und Befreiungsbewegungen bemühen, mit demokratischen Parteien und Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Bewegungen der indigenen Völker, der Bauern und Bäuerinnen, Bürgerrechtsbewegungen und Genossenschaften.

Es gilt, den Kampf um mehr Gerechtigkeit, um Emanzipation und um selbstbestimmte Entfaltung zu unterstützen, auch wenn dies nicht den kurzfristigen Interessen des "Geberlandes" entspricht. So verstanden ist "Entwicklungszusammenarbeit" nicht mehr ein Almosen für die Armen, sondern eine unerläßliche Investition für eine einigermaßen sozial, politisch und ökologisch sichere Welt.

Globale Veränderungen

Abschottung oder Zusammenarbeit

Bekanntnisse zur Veränderung und Erkenntnisse, wie der katastrophalen Fehlentwicklung auf dieser Erde zu begegnen wäre, gibt es genug. Was fehlt, ist der politische Wille zur weltweit koordinierten Umsetzung. Dazu kommt, daß durch die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, Mißerfolge und Skandale der letzten Jahre viele Menschen in den Industriegesellschaften den Glauben an positive politische Gestaltungsmöglichkeiten verloren haben.

Dennoch: Auf der ganzen Welt setzen sich Menschen für demokratische Entfaltung ein, kämpfen für ihre Rechte, für ihr Überleben. Die Sorge um die Umwelt und die eigene Zukunft führt sie zur Zusammenarbeit und zu neuen Initiativen.

Entscheidend für den Erfolg dieser Bemühungen wird sein, ob es möglich ist, zu einer weltweiten Vernetzung von unten zu kommen. Wir, die Basisorganisationen in den Industriegesellschaften, brauchen von Gruppen in den benachteiligten Gesellschaften Informationen darüber, wie transnationale Unternehmen vorgehen: welche - hier verbotenen - Chemikalien eingesetzt werden, welche Arbeitsbedingungen herrschen, was es bedeutet, wenn mit internationaler Finanzhilfe riesige Staudämme errichtet werden oder wenn auf riesigen Flächen Frischgemüse für den europäischen Markt angebaut wird. Mit einem Wort, welche Auswirkungen die Handlungen von wirtschaftlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen auf die Bevölkerung haben. Mit diesen Informationen können wir die offiziellen Darstellungen von der großartigen "Entwicklung" hinterfragen und alternative Konzepte

vorschlagen, die auf eine wirkliche Entfaltung der benachteiligten Gesellschaften abzielen.

Die Zusammenarbeit von unten, wie sie in den Bereichen Regenwald, Rüstung, Gesundheit, Tourismus und Verschuldung in Ansätzen vorhanden ist, muß ausgebaut werden und weit über die bisherige Solidaritätsarbeit mit Befreiungs-, Volks- und Menschenrechtsorganisationen hinausgehen. Sie kann und soll staatliches Handeln nicht ersetzen, aber auf die zwischenstaatlichen politischen und ökonomischen Beziehungen Einfluß ausüben.

Auch das Hinterfragen und Verändern von Konsumverhalten und eigenen Lebensmustern ist wichtig, wenn damit der universelle Anspruch des bisherigen "Entwicklungsweges" in Frage gestellt wird. Ist es auch schwierig, sich individuell von strukturellen Zwängen zu befreien, so lassen sich doch Teilerfolge im kleinen erzielen und moralischer Rückhalt für politisches Engagement gewinnen.

Die Mittel, mit denen wir gerechtere Beziehungen zwischen den Industriegesellschaften und der übrigen Welt anstreben, reichen von Informations- und Bildungsarbeit über die Organisation von politischem Druck bis hin zu Boykottmaßnahmen und Widerstand gegen jene Institutionen und Unternehmen, die nachweislich diktatorische Regime mit Geldern und sonstigen Hilfeleistungen versorgen.

Wir sind von der Veränderbarkeit der heutigen Welt-Unordnung überzeugt. Unser Beitrag dazu kann nur ein kleiner sein. Und er muß mit dem Widerstand im Süden und im Norden in Beziehung gesetzt werden. Denn, so sagt ein afrikanisches Sprichwort: "Wenn viele Menschen an vielen Orten viele kleine Dinge tun, verändern sie das Gesicht der Welt".

Mitgearbeitet haben:

Brigitte Pilz, Eva Kreisky, Hans Geisslhofer, Helmuth Hartmeyer, Herbert Berger, Karl Kumpfmüller, Kurt Luger, Michaela Wolf, Otmar Höll, Roland Angerer, Ulrike Lunacek und Wilhelm Pevny.

Zehn Welt-Themen.

Die folgenden zehn Forderungen wurden gemeinsam von den Organisationen ÖIE, Global 2000, Koordinierungsstelle der Österr. Bischofskonferenz, WWF-Österreich, ÖFSE, Katholische Jungschar, Umweltberatung und IIZ in den Nationalbericht der österreichischen Regierung zur UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) eingebracht.

1. Österreich setzt sich für die Rechte aller Menschen auf gesunde Lebensbedingungen und Umwelt ein, für die Rechte auf Partizipation und demokratische Mitbestimmung der Menschen an Entscheidungsprozessen in Fragen von Umwelt und Entwicklung, und wird Erklärungen und Initiativen zu deren Sicherung (wie zum Beispiel die „Internationale Charta zu Umweltrechten“) unterstützen. Dies heißt für überregional relevante Vorhaben, daß alle betroffenen BürgerInnen die Möglichkeit haben, ihr Recht auf unversehrtes Leben und Gesundheit wahrzunehmen.

Besonders betont Österreich im Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung die Rechte indigener Völker, die Rolle von Frauen im Entwicklungsprozeß und die spezifische Situation von Umweltflüchtlingsen.

2. Österreich verpflichtet sich dem Prinzip von Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft in allen Bereichen und fordert dies auch von der internationalen Staatengemeinschaft. Dabei sind allerdings die besonderen Gegebenheiten und die legitimen Interessen der Länder des Südens und Ostens zu berücksichtigen. Für eine weltweit gerechte Entwicklung und Umwelterhaltung ist eine Änderung des Lebensstils in den reichen Staaten gefordert. Erste Maßnahmen in diese Richtung wären Abbau von Protektionismus zugunsten der Entwicklungsländer und zumindest Stabilisierung der Rohstoffpreise.

3. Der Energieverbrauch in den Industrieländern ist in den nächsten 30 Jahren um 50% zu reduzieren, wobei Atomenergie keine Alternative sein kann. Österreich wird sich bemühen, internationale Abkommen wie z. B. das „Protokoll von Toronto“ möglichst rasch in nationale Politik umzusetzen, sowie durch sein Beispiel atomfreie Strategien für die Verminderung des Energieverbrauchs zu propagieren.

4. Österreich hat eine Vorreiterrolle auf nationaler und internationaler Ebene in der Sicherung biologischer Vielfalt zu übernehmen. Österreich wird durch konkrete Maßnahmen mit gutem Beispiel vorangehen: national durch strengen Schutz von 3% seiner Landesfläche und international durch die Verabschiedung eines Regenwald-Aktionsprogramms für Österreich (Maßnahmen in Österreich und österreichische Initiativen auf internationaler Ebene).

5. In der Landwirtschaft müssen in Österreich und weltweit Maßnahmen zur Minimierung von Erosion, zur na-

tionalen Selbstversorgung und zur Ausrichtung auf biologische Landwirtschaft gesetzt werden, insbesondere zur Verringerung von Pestizid- und Kunstdüngereinsatz bzw. zum Verbot besonders gefährlicher Agrochemikalien. Positive Ansätze wird Österreich entsprechend fördern.

6. National wie international müssen Pläne zur Reduktion folgender Gase ausgearbeitet werden:

- SO₂-Emissionen um 90%;
- NO_x um 75%, CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf 20% des Standes von 1988;
- Ausstieg aus FCKW bis spätestens 1995.

7. In internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen wie z. B. dem GATT wird Österreich verstärkt die Interessen von Umwelterhaltung und gerechter Entwicklung vertreten. Diese Interessen müssen in bilateralen und multilateralen Wirtschaftsbeziehungen als Recht verankert werden. Ein Verhaltenskodex für international agierende Wirtschaftsunternehmen oder die Verunmöglichung der Umgehung von Arbeitnehmerschutzbestimmungen durch die Auslagerung ökologisch oder sozial bedenklicher Produktionsstätten und -verfahren in Entwicklungsländer oder osteuropäische Staaten wären Schritte in diese Richtung.

8. Österreich hat in Anerkennung der Mitverantwortung des Nordens für die Schuldenkrise einen aktiven Beitrag zu ihrer finanztechnischen und politischen Lösung zu leisten und wird selbst Entschuldungsmaßnahmen für Entwicklungsländer vornehmen. Neben Einzelmaßnahmen wie Schuldentauschgeschäften sind insbesondere Schuldenstreichungen und langfristige Lösungsstrategien für die Schuldenkrise bzw. gegen neuerliche Verschuldung anzustreben.

9. Verteidigungs- und Rüstungsausgaben sollen von 1992 an 7 Jahre lang um jährlich 10% gekürzt werden. Die freiwerdenden Mittel sollen für Entwicklungs- und Umweltvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Die Rüstungsproduktion muß gestoppt und dafür die Produktion für zivile Zwecke ausgebaut werden.

10. Eine österreichische Beteiligung an allen Formen von Technologietransfer, Investitionen, Industrieprojekten oder Entwicklungsprojekten muß österreichischen Umweltauflagen genügen und einer Umweltverträglichkeitsprüfung mit BürgerInnenbeteiligung unterliegen. Subventionen und Haftungen des jeweiligen Staates sollen nur sozial und ökologisch sinnvollen Produkten und Projekten zugute kommen.

Zusätzliche Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sind für Umwelterhaltung und die Erhaltung menschengerechter Lebensbedingungen bereitzustellen. Den Ländern des Südens und Ostens wird auch erleichterter Zugang zu Knowhow gewährt und umweltfreundliche Technologie zur Verfügung gestellt.